

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 68 (1989)
Heft: 11

Artikel: Banken-Boykottkampagne : kein Geld für Apartheid
Autor: Daguet, André
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340774>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kein Geld für Apartheid

Von André Daguet

Sanktionen gegenüber Südafrika sind am wirksamsten im Finanzbereich, denn ohne ausländisches Geld kann der Apartheid-Staat nicht überleben. Die Schweizer Grossbanken spielen eine grosse Rolle bei der Unterstützung des südafrikanischen Apartheidregimes. Aus diesem Grunde haben Anti-Apartheid-Bewegungen 1988 eine Bankenboykottkampagne lanciert, die von einem breiten Bündnis aus Partien, Hilfswerken, kirchlichen Gruppierungen und Jugendorganisationen aktiv mitgetragen wird. Auch die Sozialdemokratische Partei der Schweiz unterstützt diese Aktion.

Die Bilanz mehr als ein Jahr seit dem Start der Kampagne «Kein Geld für Apartheid» zeigte erste Erfolge. Über 8000 Personen aus der ganzen Schweiz haben sich inzwischen verpflichtet, ihr Konto auf einer der Grossbanken zurückzuziehen beziehungsweise selber kein Grossbankkonto zu eröffnen. Bei diesen Zahlen handelt es sich um die dem Sekretariat der Boykottkampagne gemeldeten Kontorückzüge beziehungsweise Verzichterklärungen. In Wirklichkeit sind es wesentlich mehr Leute, die sich bereits jetzt an der Aktion beteiligen. Darauf lassen auch die Reaktionen der Schweizer Grossbanken auf die Kontorückzüge schliessen.

Neben der grossen Zahl von Einzelpersonen sind es Schulklassen, Vereine, Parteisektionen, Arztpraxen, Anwaltbüros und Dutzende von Organisationen, darunter die Gewerkschaftsverbände, welche die Aktion mittragen.

Die Kampagne muss weitergehen. Die jüngsten Ereignisse in Südafrika – Freilassung von politischen Gefangenen, Zulassung von Protestdemonstrationen – dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass Apartheid noch lange nicht überwunden ist.

Die Aktion «Kein Geld für Apartheid» ruft deshalb dazu auf, den Druck auf die Schweizer Grossbanken zu verstärken, solange diese Banken das Apartheid-System finanzieren. Es gibt neben den Kontorückzügen zahlreiche Aktionsmöglichkeiten, um den Druck auf die Banken zu verstärken, zum Beispiel mit politischen Vorstössen auf Gemeindeebene etwa, wie sie in Luzern, Biel, Frauenfeld oder in Winterthur eingereicht worden sind.

Ein konkreter Entscheid ist bereits in der Stadt Delsberg gefallen: Am 26. Juni 1989 hat der Delsberger Gemeinderat beschlossen, in Zukunft nicht mehr mit den Schweizer Banken SBG, SBV und SKA, welche die Apartheid unterstützen, zusammenzuarbeiten. Erste Konsequenz des mit überwältigendem

Mehr getroffenen Entscheides des Stadtparlamentes: Der Delsberger Stadtpräsident Stadelmann kündigte an, ein Geschenk der Schweizerischen Bankgesellschaft über 20 000 Franken, das die Stadt einige Wochen zuvor erhalten hatte, an die Bank zurückzugeben.

Für mehr Informationen, Aktionsunterlagen und Aktionsvorschläge: «Kein Geld für Apartheid», Postfach, 3000 Bern 14, Telefon 031-46 02 00.